



Pressemitteilung

Berlin, 16. September 2020

Existenz Tausender mittelständischer Industrieunternehmen in Deutschland bedroht

*Anlässlich der heutigen Anhörung im Unterausschuss des Deutschen Bundestages:
Bündnis Faire Energiewende ruft zur Online-Demo auf*

Berlin: Sie alle brauchen Energie für ihre Produktion: 10.000 Unternehmen aus den Bereichen Keramik, Gießereien, Stahl- und Metallverarbeitung, Kautschuk, Kunststoffverarbeitung, Feuerfestmaterialien und Textilindustrie mit etwa einer Million Beschäftigten, die sich im Bündnis Faire Energiewende zusammengeschlossen haben. Sie alle sind wichtige Arbeitgeber, sie bilden aus, sie tragen zur Wertschöpfung in ihren Regionen bei. Doch wie lange wird sich industrieller Mittelstand in Deutschland noch halten können? Die Energiekosten werden ab nächstem Jahr nicht mehr bezahlbar sein, wenn die Politik nicht handelt!

Ab sofort ruft das Bündnis Faire Energiewende deshalb zu einer virtuellen Demonstration im Internet auf. Unter www.faire-energiewende.de können sich Unterstützer melden, die auch weiterhin mittelständische Industrieunternehmen mit ihren guten Arbeitsplätzen in Deutschland haben wollen. Lernen Sie Unternehmer kennen, die berichten, welche Folgen das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) für sie hat.

Zur heutigen Anhörung zum BEHG im Unterausschuss des Deutschen Bundestages erklärt **Christian Vietmeyer**, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbands Stahl- und Metallverarbeitung: „Der geplante nationale Brennstoffemissionshandel bedroht die Existenz vieler mittelständischer Unternehmen, da hier eine neue nationale Abgabe auf zwingend benötigte Brennstoffe eingeführt werden soll, die europäische und internationale Wettbewerber nicht kennen. Ohne eine unmittelbar wirkende Entlastungsregelung wird unseren Unternehmen genau die Liquidität entzogen, die sie in der Krise dringend benötigen und die vielen zuvor durch die Corona-Rettungspakete zur Verfügung gestellt wurde. Das ist absurd und wird uns als mittelständische Industrie nicht aus der Krise führen, sondern im Gegenteil die Krise verschärfen.“

Die im Bündnis Faire Energiewende zusammengeschlossenen Branchen fordern eine Entlastungsregelung beim geplanten nationalen Emissionshandel, damit in der Produktion benötigte Brennstoffe auch in Zukunft in Deutschland bezahlbar bleiben. Außerdem müssen die Energiewende und die Förderung der erneuerbaren Energien aus dem Bundeshaushalt

bezahlt werden. Das ist eine längst überfällige Entlastung des stromintensiven Mittelstands im innereuropäischen und internationalen Wettbewerb. Zusätzlich wäre eine solche Entlastung aller Bürger und Unternehmen ein schnell wirkender, erheblicher Konjunkturimpuls, der zudem positive klimapolitische Effekte hätte.

Mehr dazu finden Sie im aktuellen Positionspapier des Bündnisses Faire Energiewende auf der Internetseite <https://www.faire-energiewende.de/presse/>.

Zum „Bündnis faire Energiewende“ zählen:

- Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie BDG, www.bdguss.de
- Bundesverband Keramische Industrie e. V., www.keramverbaende.de
- Bundesverband der Energieabnehmer e. V., www.vea.de
- Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V., www.textil-mode.de
- Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V., www.gkv.de
- wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V., www.wdk.de
- WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V., www.wsm-net.de
- Verband der Deutschen Feuerfest-Industrie e. V., <https://vdffi.de/>

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende“ vertreten branchenübergreifend etwa 10.000 deutsche Unternehmen mit ca. 1 Million Mitarbeitenden und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.